
Ausbildungsreife verbessern!

13.01.2005

Ausbildung erfordert Ausbildungsreife. Seit Jahren besteht erheblicher Handlungsbedarf in Schule und Erziehung.

- Das duale Berufsausbildungssystem bietet für die Mehrzahl der Jugendlichen optimale Voraussetzungen für den Start in das Berufsleben: Es verbindet theoretisches Wissen und praktisches Können, fördert die Integration der Auszubildenden und erleichtert den Übergang von der Schule in das Berufs- und Arbeitsleben. Die Kooperation von Betrieb und Berufsschule gewährleistet eine breite berufliche Qualifizierung, die auch einzelbetriebliche Anforderungen berücksichtigt. Durch die Kombination von praktischem und theoretischem Lernen werden die Jugendlichen in ihrer Ausbildungssituation besonders motiviert und gefördert. Die Qualität der Ausbildung im dualen System ist national und international anerkannt. Sie trägt entscheidend dazu bei, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland erheblich geringer ist als im internationalen Vergleich. Eine erfolgreiche Ausbildung in einem der rund 350 Ausbildungsberufe setzt jedoch eine entsprechende Ausbildungsreife voraus.
- Pro Jahr verlassen rund 10 % der Schulabgänger die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss; nach Erkenntnissen aus der PISA-Studie gehen rund 25 % der Schüler ohne ausreichende Ausbildungsreife ab. Gravierende Defizite bestehen bereits bei grundlegenden Kulturtechniken: Die Unternehmen weisen auf schlechte Kenntnisse in Rechtschreibung und Grammatik ebenso hin wie auf unzureichende Fähigkeiten, sich auszudrücken, Texte zu erstellen und zu erfassen. Die Rechenfähigkeit der Jugendlichen hat sich verschlechtert. Insgesamt ist ein abnehmendes Zahlenverständnis zu konstatieren. Auch oft nur geringe soziale und persönliche Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Kritik- und Konfliktfähigkeit bzw. Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein werden von Betrieben und Berufsschulen immer wieder festgestellt. Dabei werden solche Kompetenzen im Beruf besonders hoch bewertet.
- Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sind z. Z. umfassende Aktivitäten notwendig, um allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Gleichzeitig bleiben aber viele Lehrstellen aufgrund mangelnder Berufsausbildungsreife der Bewerber unbesetzt. Damit gehen zahlreiche Ausbildungsplätze verloren. Die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben, die Jahr für Jahr erfolglos nach geeigneten Bewerbern suchen, sinkt zwangsläufig. Auch angesichts steigender beruflicher Anforderungen bleiben Jugendlichen ohne Berufsausbildung nur geringe Chancen auf dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt.
- Zahlreiche Betriebe müssen ihre Anforderungen an Auszubildende zurückschrauben, um freie Plätze überhaupt besetzen zu können. Sie müssen dann – ebenso wie die Berufsschulen – erheblichen Aufwand betreiben, um die Jugendlichen zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Wenn dies trotz aller Anstrengungen misslingt, kommt es bei den Jugendlichen zu erhebli-

chen Frustrationen. Für die Betriebe, die nicht nur gegenüber den Auszubildenden, sondern auch dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern insgesamt Verantwortung tragen, bedeutet ein solcher Misserfolg eine Fehlinvestition, die betrieblich immer schwieriger zu kompensieren ist.

- Jugendliche, die trotz unzulänglicher Ausbildungsreife eine Ausbildung aufnehmen, binden in Betrieben und Berufsschulen erhebliche Kapazitäten, weil erst die Defizite ausgeglichen werden müssen, bevor mit den eigentlichen Ausbildungsinhalten begonnen werden kann. Dies steigert die Ausbildungskosten, führt zu Ressourcenvergeudung und geht zu Lasten der eigentlichen Qualifizierungsaufgaben von Betrieben und Berufsschulen in der Ausbildung.

Deshalb fordern das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung KWB, der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen BLBS und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen VLW gemeinsam die Ländern auf,

- **die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss deutlich zu reduzieren,**
- **die Qualität der Schulbildung nachhaltig auf das für die Ausbildung notwendige Niveau des Ausbildungsreifestandards zu erhöhen und**
- **das Erreichen der notwendigen Ausbildungsreife in den allgemein bildenden Schulformen sicherzustellen**

Schulabgänger müssen die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sicher beherrschen, eine ausbaufähige Allgemeinbildung sowie methodische, soziale und persönliche Kompetenzen mitbringen, über Grundkenntnisse in Ökonomie und mindestens einer Fremdsprache verfügen, damit die Ausbildung in Betrieben und Berufsschulen hierauf aufbauend beginnen und erfolgreich verlaufen kann.

Wirtschaft und Berufsschullehrer sehen folgenden Handlungsbedarf:

- **Klare und verbindliche nationale Bildungsstandards** müssen dazu beitragen, die Jugendlichen besser auf die Ausbildung vorzubereiten und die Zahl der Abgänger ohne Ausbildungsreife zu verringern. Die Kultusministerkonferenz treibt die Erarbeitung bundesweit geltender Bildungsstandards für die verschiedenen Fächer und Abschlüsse für die allgemein bildenden Schulen inzwischen intensiv voran. Ein von den Ländern gegründetes Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen soll die Federführung bei der Weiterentwicklung und Operationalisierung der Standards sowie bei der Entwicklung diagnostischer und systembeobachtender Testverfahren bekommen. Wirtschaft und Berufsschullehrer begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich. Aber sie drängen darauf, dabei nicht stehen zu bleiben. Bundesweit geltende Standards sind nur ein erster Schritt zu einer umfassenden und dringend erforderlichen Reform unseres gesamten Bildungssystems. Sie müssen kontinuierlich in der Praxis umgesetzt werden. Die Evaluation der Umsetzung dieser Standards ist Voraussetzung für deren langfristige Einhaltung. Erforderlich ist eine Evaluation aller mit Bildung beauftragten Institutionen einschließlich der für Bildungsqualitätssicherung zuständigen Einrichtungen. Entscheidend kommt es auch darauf an, den Schulen und Lehrern geeignete Instrumente und Unterstützungen für Prozesse der internen Evaluation und des Qualitätsmanagements an die Hand zu geben. Angebote der Lehrerweiterbildung zum Umgang mit Standards, Evaluationen und Qualitätsmanagementsystemen sind notwendig. Die Verbesserung der Schulqualität und die Qualitätssicherung sind Daueraufgaben für ein hochwertiges Bildungssystem, das auch finanziell angemessen ausgestattet werden muss.

- Die **individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers** muss neu in den Mittelpunkt der schulischen Arbeit rücken. Es kommt entscheidend auf die kontinuierliche Begleitung und die ebenso regelmäßige wie systematische Beratung aller Schüler an. Diagnostik und Förderung müssen so früh und treffsicher wie möglich greifen. Daher braucht auch die Aus- und Fortbildung der Lehrer dringend eine Neuorientierung, die ihre Diagnosefähigkeit, ihr didaktisch-methodisches Know-how und ihre Kenntnis der Arbeitswelt verbessert. Wirtschaft und Berufsschullehrer sehen mit Sorge, dass diesen Handlungsfeldern von der Schulpolitik noch viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die zum Ausbau von Ganztagsangeboten unternommenen Anstrengungen von Bund und Ländern werden positiv gewertet, wenn durch pädagogisch vernünftig gestaltete Ganztagsangebote Raum geschaffen wird für Maßnahmen der individuellen Beratung und Förderung.

Wirtschaft und Berufsschullehrer begrüßen, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung über sein Programm die Investitionskosten für neue Ganztagsschulprojekte trägt. Insbesondere die Länder müssen Lösungen finden, die Nachhaltigkeit der angestoßenen Projekte zu sichern. Aber auch in den traditionellen Schulen muss die Förderung der Schüler konsequent verbessert werden.

Offen ist auch die Frage, wie die Schülerinnen und Schüler zur Mitwirkung in Unterricht und Fördermaßnahmen verpflichtet werden können, denn hier besteht dringender Handlungsbedarf.

- **Eltern** müssen sich als **Erziehungspartner der Lehrer** verstehen. Dabei gilt es, die Verantwortung der Eltern für die Entwicklung grundlegender persönlicher und sozialer Kompetenzen ihrer Kinder wieder deutlich zu betonen. Eltern sind primär für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Selbstständigkeit und Offenheit, Lern- und Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und Rücksichtnahme sind unverzichtbare Tugenden, die zu allererst in der Familie ausgebildet und eingeübt werden müssen. Die Familie ist und bleibt der erste und zentrale Ort, an dem Kinder Orientierungspunkte und Vorbilder finden. Eltern müssen ihren Kindern den Wert von Bildung verdeutlichen und sie zu Anstrengung und Leistungsbereitschaft wie zur Entfaltung ihrer individuellen Fähigkeiten ermutigen. Deutschland muss ein Land werden, dass positiv zu Bildung und Erziehung steht.
- Der **Bezug zur Arbeits- und Berufswelt** ist durchgängig in Schule und Unterricht zu stärken. Die Berufsorientierung braucht einen steigenden Stellenwert in der Schulbildung. Dazu gehört, dass der Ökonomieunterricht in allen Schulformen einen festen Platz erhält. Die Empfehlungen für ein Kerncurriculum Wirtschaft von Anfang 2003 sehen ein Mindestzeitbudget von 200 Stunden Wirtschaftsunterricht in der Sekundarstufe I vor. Wirtschaft und Berufsschullehrer fordern die konsequente Umsetzung dieser Empfehlung in den Ländern. Der Unterricht muss praxisnah gestaltet und Wirtschaft schon während der Schulzeit erlebbar werden. Betriebserkundungen, Projektarbeit, Expertengespräche, Planspiele, Simulationen oder Übungsfirmen bieten vielfältige Möglichkeiten für einen spannenden und motivierenden Ökonomieunterricht. Dabei kann auch auf langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft zurückgegriffen werden.
- **Allen Lehrern** – nicht nur denen, die ökonomisches Wissen vermitteln – muss bewusst sein, dass sie ihre Schüler auch auf die **Anforderungen der künftigen Arbeitswelt** vorbereiten, damit diese darin bestehen und sich entwickeln können.

- **Betriebe und Berufsschulen** werden sich auch weiterhin ihrer **gesellschaftlichen Verantwortung** stellen und die Jugendlichen mit Maßnahmen zur Berufsorientierung und Berufswahl bereits vor Aufnahme einer Ausbildung in ihren Entscheidungsprozessen unterstützen. Im Rahmen der Berufsvorbereitung wirken sie auch an der Integration benachteiligter Jugendlicher mit. Die allgemein bildenden Schulen müssen die Ausbildungsreife der jungen Menschen sichern, damit sich Unternehmen und Berufsschulen wieder auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren können und die zunehmende Kompensation schulischer Defizite durch Betriebe und Berufsschulen beendet werden kann. Dazu müssen sie die entsprechenden Rahmenbedingungen erhalten.

Weitere Veröffentlichungen zum Thema:

- BDA und Initiative Hauptschule e.V. (Hrsg.), 2004: Mit der Abschlussprüfung die Hauptschule stärken
- BDA (Hrsg.), 2003: Stellungnahme zu den Entwürfen der KMK zu den Bildungsstandards (in der Fassung vom 04.07.2003) im Fach Mathematik, Deutsch und erste Fremdsprache (Englisch/Französisch) für den Mittleren Abschluss
- BDA, 2002: Bildungsauftrag Werteerziehung – selbstständig denken, verantwortlich handeln
- BLBS: Statement „Nationale Bildungsstandards und die berufliche Bildung“, ev. Akademie Bad Boll, vorgetragen 16.12.2003, auszugsweise veröffentlicht in: Die Berufsbildende Schule Jahrgang 2004, Heft 2, Seite 37ff.
- DIHK (Hrsg.), 2003: Lernen für das Leben – Ergebnisse einer Umfrage bei IHK-Ausbildungsbetrieben zu deren Umgang mit den PISA-Erkenntnissen in der beruflichen Ausbildung bzw. mit mangelnder Ausbildungsreife von Schulabgängern
- Gemeinsame Arbeitsgruppe der WMK, KMK, der BDA, des BDI, DIHK, ZDH und DGB, 2003: Eckpunkte – Empfehlungen für ein Kerncurriculum Wirtschaft einschließlich Qualitätskriterien für die Lehreraus- und Fortbildung sowie Betriebspraktika von Lehrern und Schülern
- Jürgen Rekus, Dieter Hintz, Volker Landenthin, „Die Hauptschule – Alltag, Reform, Geschichte, Theorie“, Weinheim und München 1998
- Matthias von Saldern, „Bildungsgang Realschule“, Stuttgart 2002